Nr. 61 XXVIII. Jahrgang — Donnerstag, 4. März 1920

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Ferdinandstraße 4
Fernsprecher: 13520, 18636, 13537, 17108. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2060. Telegr.-Adr.: Neueste Dresden

Anzeigenpreise: Grundzeile, 33 mm breit, M. 1.50, für das Ausland M. 10.—, Reklamezeile, 81 mm breit, M. 5.—, mit Platzvorschrift M. 6.—, für das Ausland M. 20.—. Bei Wieder- oder Rabatt 10 v. H. Preiserhöhung. Beilagegebühr für Buchhandanzeigen 20 Pf. Preisermäßigung laut Tarif. Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Bezugspreise: Bei freier Zustellung durch Boten monatlich M. 2.75, vierteljährlich M. 8.25. Postbezug in Deutschland: Monatlich M. 2.75, vierteljährlich M. 8.25, ausschließlich Zustellgebühr. Postbezug im Ausland laut Eintragung in den Postlisten. Kreuzbandsendungen im Inlande wöchentlich M. 1.40, nach dem Auslande wöchentlich M. 2.—. Preis für die Einzelnummer 20 Pf.

Zur Erhaltung Schleswig-Holsteins

Wenn das Ergebnis der Abstimmung in der ersten Zone Schleswig-Holsteins in Deutschland so ruhig aufgenommen worden ist, so liegt das daran, daß man von vornherein mit diesem Ergebnis gerechnet hatte und in ihm, abgesehen von der besonderen Blutenführung, die deutschen Städte der dänischen Mehrheit auf dem Lande unterwarf, keine Ungerechtigkeit erblicken konnte. Das Ergebnis war zudem so, daß uns stets die Hoffnung auf eine Revision zugunsten der deutschstimmenden Städte bleiben wird. Anders liegen aber die Dinge vor der Abstimmung in der zweiten Zone. Diese muß, wenn es gerecht zugeht, bei Deutschland bleiben. Daß dies Resultat erzielt wird, bedarf es aber der größten Aufmerksamkeit und Tatkraft auf seiten der Deutschen, denn der Däne ist durch seinen ersten Erfolg übermütig geworden und glaubt nun, was ihm in der ersten Zone durch das natürliche Stimmenverhältnis und durch eine besonders ausgeklügelte Abgrenzung der Gebiete zufiel, in der zweiten mit List und Gewalt zu erreichen.

Die Dänen operieren in der zweiten Zone, wie sie es auch in der ersten schon taten, mit den großen wirtschaftlichen Vorteilen und den persönlichen Vorteilen, die die Einverleibung durch die Entente-Unterstützung mit sich bringt. Man erzählt Wunderdinge von dem günstigen Stand der Valuta, von den Entwicklungsmöglichkeiten, kurz, man versucht es, dem schwankenden Wähler ein Paradies vorzuzaubern, das man letzten Endes noch durch den Hinweis würzt, daß die Steuerverhältnisse ungleich günstiger lägen. Ob das wahr ist, was verschlägt's? Die Hauptsache ist, daß es der Wähler glaubt und daß die Wahlschlacht gewonnen wird. Daß der Däne wie jeder Aspirant auf die deutschen Randstaaten im Vorteil ist, das geht allein aus der moralischen Unterstützung hervor, die er bei der Entente genießt. Das ist aber kein Grund zur Resignation für uns.

Unsre Hoffnungen beruhen auf dem bewährten nationalen Sinn der Schleswiger, der bei der ersten Abstimmung schon glänzend die Feuerprobe bestanden hat, und auch auf der Wirkung der rein nützlichen Erwägung, daß das Deutsche Reich für die Zukunft immer mehr wird zu bieten haben, als das wirtschaftlich und politisch schwächere Dänemark. Damit aber der gewünschte Erfolg auch wirklich eintritt, müssen wir alles tun, um Unstimmigkeiten zwischen dem Reich und der Nordmark zu beseitigen. Dazu gehört vor allem, daß man den Wünschen der Schleswig-Holsteiner nach Dezentralisation der Grenzlande in Kultur und Verwaltung Rechnung trägt, soweit dies möglich ist.

Wie verlautet, trifft am heutigen Tage eine schleswig-holsteinische Abordnung in Berlin ein, um im Beisein des Staatskommissars Koerte der Regierung ihre Wünsche vorzutragen. Diese enthalten die Durchführung der Dezentralisation in kultureller und administrativer Hinsicht. Man beruft sich bei dieser Gelegenheit auf die bereits im April v. J. gegebene Zustimmung der preußischen Landesversammlung. Daß unter der alten Regierung in dieser Beziehung arg gesündigt worden ist, ist allgemein bekannt. Wenn aber die Aera Hirsch nicht diese Versäumnis wieder gutmacht, und es ist allerdings jetzt die höchste Zeit, dann kann sie sich nicht mehr auf die bona fides berufen. Im April v. J. bereits wurde von schleswigschen Abgeordneten der Antrag eingebracht auf Sicherstellung der alten Landesfreiheit, der Kultur und Verwaltung. Damals haben die demokratischen Vertreter im preußischen Parlament sekundiert. Aber alles umsonst. Wenn die Regierung noch etwas retten und die Entscheidung in der zweiten Zone über das Verbleiben oder Ausscheiden der blühenden Handelsstadt Flensburg günstig beeinflussen will, dann ist jetzt, da die schleswig-holsteinische Abordnung in Berlin weilt, die beste Gelegenheit. Aber keine Versprechungen können mehr Wunder wirken, sondern nur die unmittelbare Tat.

*

Forderungen der Nordmark

Das Wolff-Bureau meldet: Etwa 200 schleswig-holsteinische Vertreter des Provinziallandtages, der Landesversammlung, der Nationalversammlung, des Handels, des Gewerbes, der Landwirtschaft und Arbeiterschaft sowie Vertreter der Geistlichkeit, der Universität Kiel, der Vorstände aller politischen Parteien, des Schleswig-Holstein-Bundes und des öffentlichen Lebens in Schleswig-Holstein haben in Rendsburg einstimmig folgende Entschließung gefaßt:

Die in Rendsburg am 1. März 1920 versammelten Schleswig-Holsteiner verlangen von der Staatsregierung, daß sie an Schleswig-Holstein unverzüglich einen Erlaß richtet, der die Sicherstellung der alten Freiheit des Landes in Verfassung und Kultur sowie den Ausbau einer möglichst weitgehenden Selbstverwaltung unter Zustimmung des Landes und nach demokratischen Grundsätzen gewährleistet. Sie beauftragt den Bürgermeister in Rendsburg, den Abgeordneten Poetzsch-Munkbrarup und den Abgeordneten Ahlsen-Flensburg, diesen Antrag der Staatsregierung sofort zu unterbreiten und auf seine Annahme hinzuwirken. Diese Forderung ist das unerschütterliche gemeinsame Ziel des einigen und unauflöslich verbundenen schleswig-holsteinischen Landes.

Die Ernährung Danzigs

Die Vertreter des Gewerkschaftsbundes deutscher Eisenbahnbeamten und der Danziger Verbraucherkammer hatten, wie das Wolff-Bureau meldet, eine Unterredung mit dem Oberkommissar Sir Reginald Tower, in der dargelegt wurde, daß die Ernährung der Bevölkerung in Danzig völlig unzureichend sei, besonders weil die Einfuhr aus den abgetretenen Gebieten durch nachgeordnete polnische Behörden verhindert werde. Der Oberkommissar erwiderte: Die Wünsche über die Grenzabsteckung des Freistaates habe ich befürwortend an den Obersten Rat in Paris weitergegeben. Ich glaube aber kaum, daß sie alle erfüllt werden können. Danzig ist mit seiner Ernährung auf Polen und Deutschland angewiesen. Aber auch Polen hat ein Interesse daran, daß es Danzig gut ergeht. Von seiten der Verbraucherkammer wurde alsdann darauf hingewiesen, daß eine Vorbedingung für die Gesundung und den Wiederaufbau die baldige Schaffung einer gesunden Ernährung sei. Vielleicht würde man am besten mit einer Danziger Währung beginnen, die auf einem gleichbleibenden Preise aufgebaut sei.

Das Faß der Danaiden

* Berlin, 3. März. Eine hiesige Korrespondenz erfährt: Der zuletzt von der Nationalversammlung bewilligte Kredit von drei Milliarden Mark zur Senkung der Lebensmittelpreise geht seiner Erschöpfung entgegen. Das Reichskabinett steht vor der Frage, ob es einen neuen Kredit für diese Zwecke beantragen soll. Die Meinungen darüber sind geteilt. In der Praxis ist nur eine geringfügige Wirkung auf die Lebensmittelpreise eingetreten, die im übrigen mit der allgemeinen Teuerung Schritt gehalten haben. Soweit sich beurteilen läßt, dürfte sich im Kabinett jedoch eine Mehrheit für einen neuen Kreditantrag zur Senkung der Lebensmittelpreise finden. Der Kredit würde sich jedoch diesmal vermutlich auf fünf Milliarden Mark belaufen müssen, falls er von Nutzen sein sollte. Das Kabinett wird sich bereits in einer seiner nächsten Sitzungen über die Frage schlüssig werden.

*

Lebensmittelaufkauf durch Ausländer

* Berlin, 3. März

Zwischen Tyrow und Greppin wurde ein Radfahrer von einem in rasendem Tempo daherkommenden Entente-Lastkraftwagen erfaßt und an einen Baum gequetscht, so daß der Tod auf der Stelle eintrat. Die beiden Chauffeure des Lastautos, zwei Italiener, leugneten vor der Polizei jede Schuld, doch ein junges Mädchen erklärte, daß es sich selbst nur durch einen Sprung über den Chausseegraben vor dem Auto habe retten können. Kurz darauf sei der Radfahrer getötet worden. Die Chauffeure wurden zunächst mit dem Wagen zum Amtsgericht Greppin gebracht. Dort stellte man fest, daß sie italienische Staatsangehörige seien und einer fremdländischen Mission in Dresden angehören. Auf dem Lastkraftwagen fand man mehrere Zentner Mehl und einen großen Posten Butter. Diese Waren hatten sie in märkischen Dörfern aufgekauft. Durch Nachfrage bei den Amtsstellen in Greppin wurde ergänzend mitgeteilt, daß schon seit einiger Zeit Entente-Autos in Massen in den Dörfern des Kreises Teltow auftauchen und hier die Hamsterei in geradezu unglaublicher Weise betrieben. So sei festgestellt worden, daß in verschiedenen Dörfern der Umgebung Greppins fremdländische Chauffeure für Lebensmittel kolossale Preise anboten und leider auch Waren erhielten. In einem Dorfe zahlten sie für das Pfund Butter 50 M. In verschiedenen andern Dörfern wurde sogar das Pfund Butter mit 70 M. bezahlt. Für Eier bezahlten sie 4 bis 5 M. pro Stück. Leider hätten sich die Bauern durch das hohe Geldangebot verleiten lassen, die Waren herauszugeben. Ueber die ganze Angelegenheit sei sofort der in Frage kommenden ausländischen Mission in Dresden telephonische Mitteilung gegeben und das gesamte Material der Staatsanwaltschaft in Berlin übersandt worden.

*

Erhöhung der Kohlenpreise

Auf Grund der Ueberschichten, die von den Bergarbeitern zur Hebung der Kohlenförderung gefahren und mit einem 100prozentigen Zuschlag zum üblichen Lohne entschädigt werden, mußte sich der Reichskohlenverband mit Anträgen der Syndikate befassen, die auf Preiserhöhungen hinzielten. Er beschloß, unter Zustimmung des Reichswirtschaftsministeriums für die Bezirke des rheinisch-westfälischen Kohlensyndikats, des niedersächsischen Steinkohlensyndikats und des Steinkohlensyndikats für den Freistaat Sachsen, eine Preiserhöhung von 15 M. für die Tonne Steinkohlen ausschließlich der Kohlen- und Umsatzsteuer ab 1. März 1920 eintreten zu lassen. Für die dem bayrischen Kohlensyndikat angehörenden Braunkohlengruben wurde eine Preiserhöhung von 30,65 M. für die Tonne Briketts und von 26,40 M. für die Tonne Rohbraunkohle einschließlich Kohlen- und Umsatzsteuer beschlossen.

Das Besitzsteuergesetz im Reichsrat

Der Reichsrat hat das Besitzsteuergesetz angenommen. Nach dem neuen Gesetz soll alle drei Jahre eine Veranlagung des Vermögenszuwachses erfolgen. Zum erstenmal soll sie erfolgen nach dem Vermögensstande vom 31. Dezember 1922. Von der neuen Besitzsteuer bleiben Erbschaften frei und alle Vermögensvermehrungen, die bereits durch die Kriegssteuergesetze betroffen sind. Der Tarif des alten Besitzsteuergesetzes, der zwischen 0,75 und 2,50 Proz. schwankte, ist auf 1 bis 10 Proz. erhöht worden. Er ist noch gemildert durch eine allgemeine Durchstaffelung. Ein Vermögenszuwachs bis 5000 M. bleibt steuerfrei. Ebenso werden sämtliche Vermögen unter 21 000 M. nicht besteuert.

Erweiterung des Funkendienstes

* Berlin, 3. März. Das inländische Funkennetz will die Reichspostverwaltung bekanntlich weiter ausbauen. Funkenstellen sind oder werden in nächster Zeit an folgenden Orten fertiggestellt: Berlin, Braunschweig, Breslau, Darmstadt, Dortmund, Dresden, Düsseldorf, Duisburg, Elbing, Elberfeld, Essen, Frankfurt a. M., Hamburg, Hannover, Königsberg, Königswusterhausen, Konstanz, Kuxhaven, Leipzig, Liegnitz, Magdeburg, Norddeich, Stettin und Swinemünde. — Wie bekannt wird, wurde bei den Verhandlungen zwischen der deutschen Regierung und dem Moskauer Vertreter der russischen Räterepublik auch die Errichtung eines Luftpostdienstes zwischen Moskau und Berlin besprochen.

Der Rote-Kreuz-Kongreß in Genf

Der Kongreß der Liga der Roten-Kreuz-Vereinigung wurde in Genf durch Sir Henry Davidson, den Präsidenten des leitenden Komitees der Liga, eröffnet. Es sind 27 Länder vertreten. Nur drei fehlen.

Russischer Winter

London, 3. März. (Eig. Drahtbericht.) In Südrußland herrscht, nach Meldungen aus Moskau, eine derartige Kälte und Schneesturm, wie sie seit 30 Jahren nicht mehr vorgekommen ist. Durch diese Verhältnisse erhöhen sich die Schrecknisse der Lebensmittelknappheit und Kohlennot.

Der Terror in Budapest

Wien, 3. März. (Eig. Drahtbericht.) Nach einer Meldung des „Extrablattes" aus Budapest wurde durch Dekret der Regierung die Freiheit der Presse und der Versammlungen aufgehoben. Das Arbeiterkomitee, das als Protest gegen die Wahl des Reichsverwesers Horthy den Generalstreik proklamieren wollte, wurde verhaftet. In allen Budapester Fabriken wurde am Dienstag gearbeitet.

ld. Wien, 3. März. (Eigener Drahtbericht.) Die Korrespondenz Herzog veröffentlicht die Mörderliste der Redakteure Szomogyi und Bacso. Alle Mörder sind Offiziere der freien Terroristendetachements. Nach Abschluß der Polizeierhebung betraute die Militärbehörde einen der Mörder mit weiterer Untersuchung. Zwei Mörderoffiziere wurden verhaftet, aber wieder freigelassen, weil die Terroristendetachements mit erneutem und allgemeinem Pogrom drohten. Zwei Personen, die zufällig Kenntnis von den Morddetails erhielten, wurden in die Kaserne geschleppt und getötet.

Die Budapester Säbelherrschaft richtet sich nunmehr auch gegen das Parlament. Gestern wurde das Parlament von Offizieren zerniert, mehreren Abgeordneten sowie dem Finanzminister der Eintritt verweigert. 150 Offiziere sind in die Couloirs eingedrungen.

Zu den Vorgängen in der Nationalversammlung wird noch gemeldet: Während der vorgestrigen Sitzung der Nationalversammlung in Budapest war, wie verschiedenen Blättern berichtet wird, das Parlamentsgebäude von Soldaten umzingelt. Als sich ein Kabinettsmitglied ausdrücklich legitimierte, bekam er von dem diensttuenden Offizier die Antwort, er habe den Befehl, keinen Menschen, auch nicht den Ministerpräsidenten, in das Haus hineinzulassen. In der gestrigen Sitzung protestierte der Präsident gegen eine solche schwere Immunitätsverletzung.

* Wien, 3. März. Auf dem Reichsparteitag der Christlichsozialen Partei sind sehr entschiedene Stimmen gegen die Koalition laut geworden. Man einigte sich aber schließlich dahin, daß die Koalition gegenwärtig als Notbehelf unentbehrlich sei. Zur Wehrreform wurde völlige Abkehr von dem gegenwärtigen System verlangt. Die jetzige Nationalversammlung hat nach den Worten des Vizekanzlers Fink ausgedient, wenn die Vermögensabgabe, die Steuervorlagen, das Wehrgesetz und die neue Verfassung erledigt sein werden.

Neue Steuern und schlechtes Geld

Von unserm ld.-Mitarbeiter

Wien, 28. Februar

Der Staatssekretär für Finanzen Dr. Reisch hat der Nationalversammlung ein neues Steuerbukett überreicht, das einen starken Mißduft verbreitet. Die Finanzverwaltung selbst schätzt das jährliche Mehrerträgnis an neuen Steuern auf 8231 Millionen Kronen. Dieses Plus über die bisherige Steuerlast ist für eine Bevölkerung von 6½ Millionen gewiß keine Kleinigkeit, zumal ja schon die bisherigen Lasten, die während des Krieges und seit dem Umsturze wiederholt erhöht wurden, schon sehr drückend gewesen sind. Nicht daß jeder Vernünftige nicht wüßte, daß immer nach einem Kriege und noch dazu nach einem verlorenen Kriege, die Abgaben an den Staat erhöht werden müssen, nur möchte man gerne wissen, daß die Opfer auch einen wesentlichen Erfolg bei Ordnung der Staatsfinanzen haben. Und in dieser Hinsicht greift man ins Leere.

Es wird nämlich durch die neuen Steuern das Loch im Budget keineswegs ausgefüllt, denn das Defizit wird bis zum Schlusse des Verwaltungsjahres (Ende Juni) sich gewiß auf neun Milliarden stellen, die neuen Steuern werden also lange nicht zu seiner Beseitigung ausreichen.

Wenn man sich einen Begriff machen will, was die neuen Steuern für den Staatsvoranschlag bedeuten, so braucht man nur daran zu erinnern, daß in diesem für 1919/20 nicht weniger als fünfeinhalb Milliarden als Verlust des Fiskus bei den staatlich abgegebenen Lebensmitteln angesetzt sind. Die neuen Steuern decken also nicht einmal diesen einzelnen Posten. Nun wächst aber dieser Verlust immer mehr an, weil der Weltwert der Krone seit der Vorlage des Budgets stark gesunken ist, die Beschaffung der fremden Valuten, mit denen der Ankauf der Lebensmittel im Auslande geschieht, also immer kostspieliger wird, eine Ausgabensteigerung, die durch Erhöhung der Preise im Inlande für die staatlich bewirtschafteten Artikel keineswegs voll hereingebracht wird, der Fehlbetrag also sich immer vergrößert. Dazu kommt, daß infolge der immer neuen Preiswellen die Personalausgaben des Staates für Beamte, Angestellte und Arbeiter in den staatlichen Betrieben immer mehr zunehmen und der Gehaltsregelung im Dezember eine zweite im Januar und eine Teuerungszulage im Februar folgen mußten. So kommt es, daß das Defizit, das auf sechs Milliarden veranschlagt war, schon jetzt über acht Milliarden beträgt und sich gewiß auf neun Milliarden erhöhen wird.

Gegen diese Schraube ohne Ende kommt man mit neuen Steuern, auch wenn ihr Ertrag Milliarden einbringt, nicht auf. Das Uebel muß vielmehr an der Wurzel gefaßt werden, und die Wurzel aller Uebel, der staatlichen wie der privaten, ist das schlechte Geld, die Entwertung der Krone. Beim Valutaelend muß die Sache angepackt werden, wenn eine Besserung kommen soll. Niemand, der Einsicht und Vernunft hat, wehrt sich gegen stärkeres Anziehen der Steuerschraube. Nur darf die Regierung nicht meinen, damit ihre ganze Pflicht getan zu haben. Und da liegt das besonders Auffällige in der großen Rede, mit der der Finanzminister die Steuervorlagen einbegleitete: er sprach kein Wort über die Valuta, über das Grundübel, an dem das Budget krankt. Etwa anderthalb Milliarden an neuen Steuern und mehr, als ebensoviel an Erhöhung alter Abgaben mögen ein Steuerprogramm genannt werden, ein Sanierungsprogramm für die zerrütteten finanziellen und wirtschaftlichen Verhältnisse sind sie nicht. Ohne ein solches aber sind alle Opfer in ein Danaidenfaß.

Nitti zur Fiume-Frage

Rom, 3. März. (Eig. Drahtbericht.) „Messaggero" schreibt aus Regierungskreisen, daß Ministerpräsident Nitti zu einem Kompromiß in der Fiume-Frage bereit sei und auf eine Ausdehnung der italienischen Ansprüche verzichtet, wenn die Stadt unter italienische Herrschaft käme und der Hafen vom Völkerbund verwaltet werde.

Die Abfindung der Hohenzollern

-er. Berlin, 2. März

Es mag übertriebenes Gerede sein, daß die deutsche Sozialdemokratie sowohl aus der preußischen als auch aus der Reichsregierung austreten wolle, wenn die sogenannte Milliardenabfindung der Hohenzollern Gesetz werde, aber Tatsache ist, daß die der preußischen Landesversammlung zugegangene Abfindungsvorlage eine neue politische Krise zeitigen wird, eine Krise, die vielleicht noch den Erzbergerkrach in den Schatten stellt. Zunächst: Es handelt sich nicht um eine „Milliarden"-Abfindung. Das rechnet sich der „Vorwärts" nur so aus, indem er jedes Objekt der 114 Katalognummern des Entwurfes zu durchschnittlich zehn Millionen Mark ansetzt und dazu noch den großen Kunstbesitz, die Gold- und Silberschätze und Juwelen der Hohenzollern in den großen Topf wirft. Bei solcher Inventarisierung kann man ausrechnen, daß Wilhelm II. das halbe Deutschland nach Haus Doorn in Holland hinübergezieht. In Wahrheit ist der Gesamtwert der Besitztümer viel geringer, als er vielfach aus parteipolitischen Gründen dargestellt wird.

Der preußische Gesetzentwurf hat die rechtliche Form eines Vergleichs. Unterschrieben ist der Vergleichsentwurf vom preußischen Finanzminister Dr. Südekum, den man zum Sündenbock machen will. Angefertigt aber ist er von einer im Justizministerium gebildeten Kommission und gebilligt ist er bisher vom gesamten Staatsministerium. Also warum das Geschrei? Wittert man Staatsstreich oder Volksbetrug? Die ehemalige preußische Krone hat sich in den bisherigen Verhandlungen sehr bescheiden benommen. Sie hat in keinem einzigen Punkte des Vergleichsvorschlages Widerstand geleistet, sondern alles unterschrieben, was der Staat vorgeschlagen hat. In dem Vergleichsentwurf sind zunächst alle Grundstücke und sonstigen Werte festgestellt, die unbestrittenes Eigentum der Krone (also nicht Privateigentum des Königshauses) sind oder als solche erscheinen können. Diese Objekte gehen ohne weiteres in den Besitz des Staates über. Ein Teil des Eigentums des königlichen Hauses an Schlössern und andern wertvollen Objekten wird von diesem dem Staat überlassen; der übrige Teil der Schlösser verbleibt im Besitz des königlichen Hauses und soll zum größten Teil den zahlreichen Familienmitgliedern als Wohnstätte dienen. Die Kronfideikommißrente (die sogenannte große Apanage) fällt weg. Zur Tilgung der Lasten, die dem Königshause durch Zahlung von Apanagen zum Unterhalt der Familienmitglieder und durch Zahlung von Renten und Pensionen an Hofbeamte und Hofbedienstete verbleiben, soll eine entsprechende Summe gezahlt werden. Die Güter der Nebenlinien werden von dem Vergleich nicht berührt; sie werden, soweit sie aus eigenen Mitteln stammen, als Privateigentum angesehen und gehören nicht zum Kronvermögen.

§ 2 des Vergleichsentwurfs nennt unter 28 Nummern diejenigen Schlösser und Grundstücke der Hohenzollern, die gegen Entgelt auf den Staat übergehen. Alles ist streng nach Recht und Gesetz ausgedacht. Artikel 153 der neuen Reichsverfassung sagt ja ausdrücklich, daß das Eigentum gewährleistet sei. Eine Enteignung könne nur zum Wohle der Allgemeinheit und auf gesetzlicher Grundlage vorgenommen werden. Also soll es ein preußisches Gesetz werden. Allerdings sagt die Reichsverfassung weiter, die Enteignung erfolge gegen angemessene Entschädigung, soweit nicht ein Reichsgesetz etwas andres bestimmt. Hier haken nun die Sozialdemokraten ein. Sie verlangen, daß die ganze Angelegenheit vor die Nationalversammlung komme und daß dort eine Auseinandersetzung mit den Hohenzollern ohne Entgelt beschlossen werde. Da dies nun wieder keine Schwierigkeiten hat und sich Juristen genug finden, die die Unzuständigkeit des Reiches für preußisch-hohenzollernsche Hausgeschäfte beweisen, fordern die Unentwegten Abänderung der Reichsverfassung. Es soll ermöglicht werden, daß ein preußisches Landesgesetz die entschädigungslose Abfindung der Hohenzollern beschließen kann. Zur Abänderung der Reichsverfassung aber bedarf es einer Zweidrittelmehrheit der Nationalversammlung. Wie diese zustande bringen? Und wenn es wirklich glücken sollte, was wird dann aus den zum Teil bereits durchgeführten Abfindungsverträgen der einzelnen Bundesstaaten mit ihren früheren Staatsoberhäuptern? Sind sie null und nichtig? Ein gordischer Knoten wird hier sichtbar, den die Sozialdemokraten durchhauen wollen, indem sie drohen, aus allen Regierungen herauszugehen.

*

Die Auseinandersetzung in der preußischen Landesversammlung

Von unsrer Berliner Redaktion

\+ Berlin, 3. März. (Eig. Drahtbericht.)

In der preußischen Landesversammlung stand gestern die Auseinandersetzung mit der Krone. Das Haus war gut besetzt, die Tribünen überfüllt. Finanzminister Südekum gab der Vorlage nur ein paar Sätze mit auf den Weg. Den zu der Auseinandersetzung vorliegenden Antrag der Unabhängigen auf Enteignung ersuchte er abzulehnen und den Antrag der Mehrheit auf Aenderung des Enteignungsartikels der Reichsverfassung und das Wohl des Volkes berücksichtigende Auseinandersetzung anzunehmen.

Der Abg. Gräfe-Frankfurt (Soz.) hielt eine breit angelegte Rede gegen Wilhelm II. Dieser sei nicht an der Spitze seiner Truppen gefallen, sondern ins Ausland geflüchtet, gehe dort spazieren und säge Holz. Und nun brauchten die Hohenzollern ein Milliardenvermögen. Sie hätten doch alle ein Handwerk erlernt. Die Sozialdemokraten wären ehrlos, wenn sie die Partei der vaterlandslosen Gesellen unterstützen und dem Vertrage zustimmen würden.

Abg. Oppenhoff (Dem.) rückte nicht nur von den Angriffen auf die Hohenzollern ab und erklärte sich nicht nur gegen den Enteignungsantrag Hoffmanns, sondern auch gegen den Antrag der Mehrheitssozialisten auf Aenderung der Reichsverfassung. Noch bedeutungsvoller ist, daß auch der Abg. Kassel (Dem.) die schwersten Bedenken gegen den Antrag der Mehrheitssozialisten äußerte. Er wäre auch in der Nationalversammlung auf den schärfsten Widerstand gestoßen. Wenn man ein Enteignungsgesetz für das Königshaus brächte, dann könnte bei der nächsten Gelegenheit auch jede andere Körperschaft unter ein Ausnahmegesetz gestellt werden. Der Redner befürwortete einen Antrag auf Ueberweisung des Vergleichs an einen besonderen Ausschuß von 24 Mitgliedern.

Der Abg. Hergt (D. N.) hielt dann eine Verteidigungsrede für die Hohenzollern, die bei der Linken

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19200304/1